

**ROGER SCHAWINSKI**

Warum das Bankgeheimnis auch für die Schweizer fallen soll

SEITE 19



**VANJA PALMERS**

Warum der Calida-Erbe nur Nudeln aus Italien isst

SEITE 23

**Meinung Seite 19**

Warum Thomas Minder noch gefährlicher wird

**Leserbriefe Seite 20**

Warum Schweizer Banken nichts gelernt haben

**Sachbuch Seite 21**

Warum Hooligans für eine Minute «Action» Hunderte Kilometer weit reisen

## Das Schwein kriegt sein Fett ab

Vier Thesen, die zeigen, dass das Pensionskassen-System ohne Reformen keine Überlebenschance hat



VON MARKUS SCHÄR, ARMIN MÜLLER (TEXT) UND CALAME/BLACKYARD (ILLUSTRATIONEN)

Nur 12 Prozent wollen Ja, 40 Prozent aber Nein stimmen, wenn das Volk am 7. März entscheidet, ob es den Umwandlungssatz in der beruflichen Vorsorge senken will. Aber 39 Prozent gaben an, sie wüssten noch nicht, wie sie abstimmen, so das Ergebnis einer Umfrage im Auftrag der Gewerkschaften. Bei der schwierigen Vorlage blickt kaum jemand durch – dabei müssten sich alle damit beschäftigen: Die berufliche Vorsorge betrifft alle Erwerbstätigen. Die Abstimmungskämpfer ver-

wirren das Publikum, denn sie reden aneinander vorbei. Beim Aufbau und Abbau der Altersguthaben, die durch fünf Variablen bestimmt werden (siehe Seite 17), sehen sie unterschiedliche Probleme: Die Befürworter drohen den Zusammenbruch der Zweiten Säule an, wenn die Renten nicht sinken («Beitragsklau!»), die Gegner prangern den Raubzug der Finanzkonzerne an, weil diese den Ertrag der Spargelder schmälern («Rentenklau!»).

Die berufliche Vorsorge lässt sich nur mit mutigen Eingriffen retten. Vier Probleme, die – unabhängig vom Abstimmungsergebnis – zu lösen sind:

### THESE 1: DIE BERUFLICHE VORSORGE ENTEIGNET DIE JUNGEN

«Wollen wir über die Fallgeschwindigkeit abstimmen, damit es nicht mehr so schmerzt, wenn man aus dem dritten Stock fällt?», fragt Martin Janssen, Pensionskassenexperte und Banking-Professor in Zürich. Wie die Schwerekraft, lässt sich der Umwandlungssatz nicht per Volkswillen festlegen, sondern nur aufgrund der Gegebenheiten errechnen.

Der eine Fakt ist das Steigen der Lebenserwartung. Das Altersguthaben muss heute bei den Männern vier und bei den Frauen drei Jahre länger reichen als 1985, bei Einführung des Obligator-

### Kampf im Internet

Der Ausgang der BVG-Abstimmung vom 7. März ist offener, als man bisher annahm (siehe links). Darauf deutet eine noch unveröffentlichte Untersuchung von Internet-Beiträgen zur Vorlage hin. Darin werten die Firmen Netbreeze und Dreizweins u.a. Online-News und Blog-Beiträge seit dem 1. Januar aus. Während Facebook in der Hand der Gegner ist, kamen die Befürworter in den Deutschschweizer Online-News bislang deutlich häufiger vor.

ums. Der andere Fakt ist der Rückgang der Inflation seit 1995. Bei den Rentnern, die sich ihr Guthaben mit 65 nicht auszahlen lassen, wirft es weiter Ertrag ab. Da die Kassen garantierte Renten ausrichten müssen, dürfen sie das Geld der Rentner gemäss Janssen nur in sichere Titel wie Bundesobligationen anlegen. Deren Zinssatz ist in den letzten 25 Jahren von über 4 auf unter 2 Prozent gesunken. Real, also unter Berücksichtigung der Inflationsentschädigung, die zwischen 1985 und 1995 ausbezahlt wurde, hat sich der Zins nicht verändert. Sinkt der Umwandlungssatz nicht, werden weiter Renten mit Inflations-

entschädigung bezahlt, obwohl diese zur Zeit praktisch null ist. Um die überhöhten Renten finanzieren zu können, müssen die Kassen mit dem Kapital der Erwerbstätigen hohe Risiken eingehen. Überhöhte Renten für alle, die neu in Pension gehen, höhlen die Kassen weiter zulasten der Jungen aus. Damit das nicht geschieht, wäre der «richtige» Umwandlungssatz unter 5 Prozent. So weit würde Ex-Preisüberwacher Rudolf Strahm als Vordenker der Gegner nie gehen; auch er räumt aber ein, dass der Umwandlungssatz zu hoch liegt.

FORTSETZUNG AUF SEITE 17

ANZEIGE

K-Tipp Matratzentest 2010

TESTNOTE: «SEHR GUT»

K-Tipp Nr. 1 vom 13. Januar 2010: roviva papillon 261, Testnote: 5.5, Gesamturteil: sehr gut, www.roviva.ch

roviva

► FORTSETZUNG VON SEITE 15

## Das Schwein kriegt sein Fett ab

Doch zuerst will er den «Selbstbedienungsladen» in der beruflichen Vorsorge rausputzen.

### THESE 2: DIE FINANZINDUSTRIE ZOCKT DIE VERSICHERTEN AB

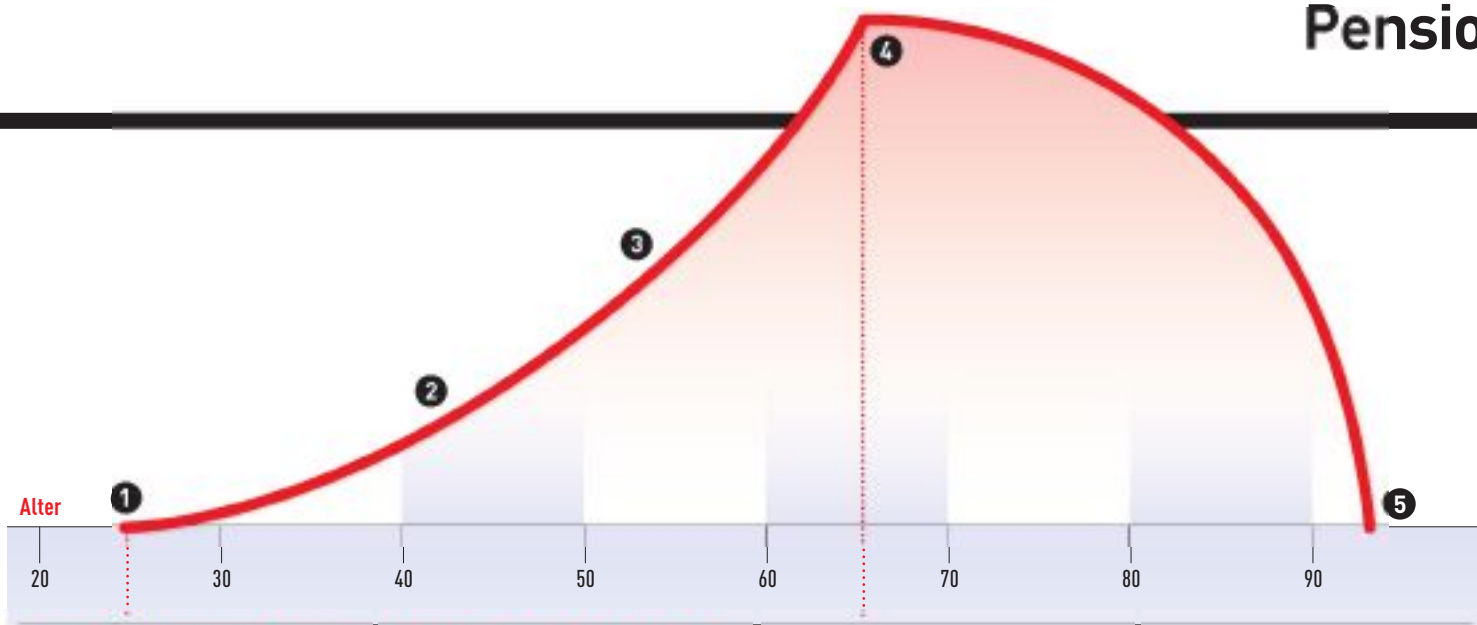
Alle Versicherten ärgern sich, wenn Strahm ihnen vorrechnet: Für die rund 600 Milliarden Franken Pensionskassenguthaben fielen 2007 gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen 2,7 Milliarden Verwaltungskosten an, also pro erwerbstätigen Versicherten 770 Franken. Und bei den Lebensversicherungen kamen weitere 1,3 Milliarden Kosten dazu.

Diese Zahl lässt sich zwar nicht mit den behaupteten 25 Franken vergleichen, die die AHV braucht, da diese mit ihrem Umlageverfahren viel weniger Kapital anlegen muss und viel einfacher funktioniert. Aber Strahm spricht allen – ausser den Profiteuren – aus dem Herzen, wenn er schimpft: «Rund um die Pensionskassen hat sich ein gewinnorientiertes Beratungs- und Vermögensverwaltungsbusiness eingenistet.» Die Berater zwacken einen Teil des Ertrages ab – und die Banker erst recht. Jedes Prozent weniger Kosten bringt aber beim Altersguthaben 18 Prozent mehr, also zwei zusätzliche Monatsrenten.

«Lieber Ruedi Strahm, du hast einen guten Punkt», sagt Janssen. Obwohl selber in diesem Business tätig, hält er die Kosten von Beratern, Banken, Versicherungen und Administratoren im Durchschnitt oft für übersteuert. Eine gut geführte Pensionskasse brauche für die Administration nicht mehr als 75 Franken, eine Sammelstiftung weniger als 200 Franken. Er rechnet vor, dass bei kleinen Einkommen der jährliche Sparbeitrag weniger ausmacht als die Verwaltungskosten: «Das ist ein direkter Transfer von den Arbeitnehmern zu den teuren Verwaltern grosser Sammelstiftungen.» Das spricht aber nicht für ein Nein am 7. März, denn dieses Problem hat mit dem Umwandlungssatz nichts zu tun.

### THESE 3: OHNE KORREKTUREN FÄLLT DIE ZWEITE SÄULE UM

Die linken Kritiker wollen die Lebensversicherer aus dem Geschäft drängen. Während Axa Winterthur und Zürich keine Vollversicherungslösung mehr anbieten, wo die Anlage- und Rückdeckungsrisiken in der Bilanz gehalten werden, ist dies bei Swiss Life



Wie die Altersrente bestimmt wird – die 5 Variablen

**1. Eintrittsalter:** Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen ab dem 25. Altersjahr Lohnbeiträge, der Arbeitgeber mindestens so viel wie der Arbeitnehmer. **2. Altersgutschriften:** Die Beiträge werden nach Alter gestaffelt in Lohnprozenten erhoben und angespart. **3. Anlageertrag:** Das Geld wird auf dem Kapitalmarkt angelegt, die Entwicklung des Altersguthabens hängt ab vom Anlageerfolg. Das Gesetz schreibt einen Mindestzins von derzeit 2 Prozent vor. **4. Pensionierungsalter:** Ab 65 Jahren haben Männer Anspruch auf die volle Rente, Frauen ab 64. **5. Lebenserwartung:** Das Bundesamt für Statistik berechnet die durchschnittliche Lebenserwartung ab Pensionierung. Das Altersguthaben multipliziert mit dem Umwandlungssatz ergibt die Jahresrente. Ist der Umwandlungssatz zu hoch, reicht das Altersguthaben nicht, um die versprochene Rente während der verbleibenden Lebensdauer zu zahlen – die PK muss das fehlende Geld aus den Guthaben der Jungen entnehmen. Am 7. März wird darüber abgestimmt, ob der Satz von 6,8 auf 6,4 Prozent gesenkt werden soll.

dem Umwandlungssatz ergibt die Jahresrente. Ist der Umwandlungssatz zu hoch, reicht das Altersguthaben nicht, um die versprochene Rente während der verbleibenden Lebensdauer zu zahlen – die PK muss das fehlende Geld aus den Guthaben der Jungen entnehmen. Am 7. März wird darüber abgestimmt, ob der Satz von 6,8 auf 6,4 Prozent gesenkt werden soll.

dem Umwandlungssatz ergibt die Jahresrente. Ist der Umwandlungssatz zu hoch, reicht das Altersguthaben nicht, um die versprochene Rente während der verbleibenden Lebensdauer zu zahlen – die PK muss das fehlende Geld aus den Guthaben der Jungen entnehmen. Am 7. März wird darüber abgestimmt, ob der Satz von 6,8 auf 6,4 Prozent gesenkt werden soll.



noch der Fall. Bei Axa Winterthur und bei Zürich müssen die Erwerbstätigen die Konsequenzen eines falschen Umwandlungssatzes ausbaden; bei Swiss Life trifft es den Aktionär. Janssen schliesst nicht aus, dass Swiss Life

deswegen ihr Geschäftsmodell in den nächsten Jahren ändern werde. Über die Folgen könnte sich die Linke aber nicht freuen: Gewinner wären Axa Winterthur und Zürich, die freien Stiftungen – und die Berater!

Auch Pensionskassen mit vielen Rentnern bekommen Probleme. Janssen: «Stellen Sie sich eine Pensionskasse vor, die ihre Verpflichtungen mit einem (technischen) Zins von 4 Prozent diskontiert und wo mehr als die Hälfte des vorhandenen Kapitals den Rentner gehört. Würde man die Rentner in eine separate Rentnerkasse überführen und korrekt

ausfinanzieren, damit die Rentner kein Risiko tragen, bliebe für die Erwerbstätigen praktisch kein Kapital mehr übrig.» So wird die Kasse mit der Zeit vollständig ausgehöhlt. Und die Erwerbstätigen sparen ausschliesslich für die neuen Rentner und nicht mehr für sich selber. «Dieses System implodiert irgendwann», meint der kritische Analytiker deshalb.

### THESE 4: WIR BRAUCHEN EIN BESSERES VORSORGESYSTEM

Die Destabilisierung des Systems nehmen linke Kritiker in Kauf – einige arbeiten sogar darauf hin: Die sozialistische Zeitung «Vorwärts» stellt fest: «Ausschlaggebend ist für uns, was die Abschaffung der Pensionskassen beschleunigt. Dies ist eindeutig ein Nein; wird der Umwandlungssatz nicht gesenkt, kommen die Pensionskassen schnell in unlösbare Probleme, und ihre Abschaffung wird möglich.»

1972 stimmte das Volk zwar mit 74 Prozent der Altersvorsorge mit drei Säulen zu, und Vorschläge für eine Volkspension wurden mit rund 80 Prozent Nein abgelehnt. Aber seit Jahrzehnten meinen auch bürgerliche Kritiker, das Volk hätte sich für den Ausbau der AHV zur echten Volkspension entscheiden sollen. Diesen Vorschlag greift das linke «Denknetz» wieder auf: Es will die Pensionskassen nicht weiter öffnen und zum Umlageverfahren wechseln, also eine Volkspension schaffen, die existenzsichernde Renten von 3500 Franken für Einzelpersonen und 5250 Franken für Ehepaare zahlen sollte.

Martin Janssen hält dagegen an der beruflichen Vorsorge fest – aber mit viel Wettbewerb und hoher Transparenz. 1. Freie Wahl der Pensionskasse. 2. Alle Kassen müssen Anlagepläne für Personen mit unterschiedlichem Profil anbieten. 3. Der Arbeitgeber muss seine Angestellten bei der Wahl des passenden Plans beraten. 4. Es gibt standardisierte Auswertungen zu den Kosten und zur Performance aller Kassen. Und 5. sollte es weiterhin Solidargemeinschaften geben, wo die Erwerbstätigen Risiken über die Zeit hinweg teilen können.

So würde sich die Zahl der Kassen verringern. «Dass jedes Unternehmen eine eigene Bäckerei haben müsste», sagt Janssen, «wäre keine blödere Vorschrift, als dass jedes eine eigene Pensionskasse haben muss.» Bei den verbleibenden zehn bis zwanzig Anbietern bekämen die Versicherten wohl erheblich höhere Altersleistungen. Denn die Kassen würden einen grossen Teil der Anlagen passiv verwalten – also nicht mehr unnötig mit dem Geld der Versicherten spekulieren.

Ob diese Revolution gelingt – angesichts von 600 Milliarden Franken, mit denen die Finanzindustrie gute Geschäfte macht? Janssen sieht die Widerstände auch im System selber: «Bei den Kassen haben 2500 Geschäftsführer und zehnmal so viele Stiftungsräte zumeist im vorge-rückten Alter keinerlei Interesse, etwas zu ändern.»

## «Wir lassen uns jetzt dann frühpensionieren»

Drei junge Erwachsene über ihre Erwartungen und Ängste vor der Abstimmung über eine Senkung des BVG-Umwandlungssatzes

Was denken junge Erwachsene über eine Senkung des BVG-Umwandlungssatzes? Wir baten Bea Peter, 27, und Lukas Bertschi, 25, beide Studenten an der ZHAW, sowie den KV-Lehrling David Wiedemeier, 21, zum Gespräch.

### Beschäftigt Sie das Thema Rente überhaupt?

**Bertschi:** Vor einer Abstimmung informiere ich mich jeweils. Aber sonst habe ich andere Sorgen.

**Wiedemeier:** Unter Kollegen ist es ein Running Gag zu sagen: Wir lassen uns jetzt dann frühpensionieren (*schmunzelt*). Sonst ist das Thema noch weit weg.

### Ist Ihre Rente sicher?

**Peter:** Ich bezweifle es. Es ist einfach eine Tatsache, dass es immer mehr Alte und immer weniger Junge gibt. Das macht mir schon Sorgen. Man muss wohl selber etwas auf die Seite legen.

**Bertschi:** Es ist auch Panikmache dabei. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das ganze System zusammenbricht.

**Peter:** Ich sage nicht, dass es zusammenbricht. Aber vielleicht können wir einst nicht mehr allein von der Rente leben.

### Warum hört man im Abstimmungskampf kaum etwas von den Jungen?



David Wiedemeier, Bea Peter, Lukas Bertschi (v. l.) FOTO: BRUNO SCHLATTER

**Wiedemeier:** Das Thema ist kompliziert. Es ist ein Aufwand, sich zu informieren. Viele Kollegen gehen nicht abstimmen. Sie sagen: Ich kann eh nichts ändern.

### Heute gibt es eine riesige Umverteilung von den Jungen zu den Alten. Ist das richtig?

**Bertschi:** Grundsätzlich finde ich die Umverteilung sinnvoll. Das Problem ist, dass jene, die genug Geld haben, auf eine Rente verzichten müssten. Aber wer verzichtet schon auf Geld?

### Welche Argumente überzeugen Sie?

**Bertschi:** Das Schlagwort «Rentenklaue» macht irgendwie schon

Sinn. Es geht nicht, dass jene, die viel einbezahlt haben, weniger Rente bekommen. Ein anderes Thema sind die Pensionskassen, die selbst viel Geld verdienen.

**Peter:** Man muss sich drauf verlassen, dass sie es gut verwalten. **Wiedemeier:** Das ist ihr Glück, dass niemand hinterfragt, ob sie es gut machen.

**Peter:** Ich finde das Schlagwort «Rentenklaue» populistisch. Für mich ist das wichtigste Argument die demografische Entwicklung. Etwas muss sich ändern. Ob die Senkung des Umwandlungssatzes der richtige Weg ist, weiss ich nicht. BALZ SPÖRRI